



Newsletter

Tirol-Büro Brüssel

Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

- [Parlamentarische Konferenz zur Zukunft der WTO](#) 2

Neues aus den Institutionen

Europäisches Parlament

- [Geldwäsche-Bekämpfung: Offenlegung der wahren Eigentümer von Unternehmen](#) 3
- [Parlament besorgt wegen sinkender Impfquoten](#) 3
- [Parlament verschärft EU-Vorschriften zu Bioprodukten](#) 4

Europäische Kommission

- [Horizon 2020: Österreichische Unternehmen sehr erfolgreich](#) 5
- [Kommission schlägt neue Regeln zum Schutz von Whistleblowern vor](#) 5
- [Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Einzelhandelsbranche in Europa](#) 6
- [Kommission verschärft Kampf gegen Terrorismus und Kriminalität](#) 6
- [EU und Mexiko erzielen Einigung über neues Handelsabkommen](#) 7
- [Kommission schlägt Unterzeichnung der Handelsabkommen mit Japan und Singapur vor](#) 7

Ausschuss der Regionen

- [Ausschuss der Regionen wird Beobachter in wichtigem Beratergremium zu EU-Handelsabkommen](#) 8

Sonstiges

- [Euregioländer schaffen eigenen Euregio-Master in öffentlicher Verwaltung](#) 9
- [Statistik der Woche: Mehrheit der EuropäerInnen finden Einkommensunterschiede zu groß](#) 9
- [Gerichtshof: Fluggastentschädigung auch bei „wildem Streik“ erforderlich](#) 10

In eigener Sache

- [Besuch der Landwirtschaftsschule St. Johann in der Gemeinsamem Vertretung](#) 11

Laufende Konsultationen	12
Tagesordnungen der Institutionen	13
Impressum und Abbildungsverzeichnis	13

Vertretung der Europaregion
Tirol-Südtirol-Trentino
bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45–47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu



Thema der Woche

Parlamentarische Konferenz zur Zukunft der WTO

Am 25. April 2018 fand eine vom Steering Committee der Parlamentarischen Konferenz zur WTO veranstaltete Konferenz über die Zukunft der WTO statt.



Bei dem Treffen kamen Parlamentarier aus aller Welt in Brüssel zusammen, um über die Zukunft der Welthandelsorganisation ([WTO](#)) zu beraten. Das Treffen steht im Zeichen der Frage wie in Zeiten aufkommenden Protektionismus klare Spielregeln zu globalen Handelsströmen erhalten bleiben können, auf die global tätige Wirtschaftsakteure angewiesen sind. Außerdem wurde die Erweiterung der WTO-Zuständigkeiten um Bereiche wie E-Commerce diskutiert.

Entsprechende Bestrebungen sollen insbesondere Entwicklungsländern zugutekommen.

Das Steering Committee besteht aus 30 VertreterInnen aus dem Europäischen Parlament und anderen Parlamenten, die Teil der Interparlamentarischen Union (IPU) sind. Außerdem sind Vertreter internationaler Organisationen wie dem Europarat Mitglied des Komitees.

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

Geldwäsche-Bekämpfung: Offenlegung der wahren Eigentümer von Unternehmen

Am 19. April 2018 hat das Parlament die fünfte Aktualisierung der Geldwäsche-Richtlinie angenommen.

Mit der Novelle werden in der EU tätige Unternehmen künftig verpflichtet, ihre tatsächlichen Eigentümer offenzulegen. Dies erleichtert es der Öffentlichkeit die wahren Eigentumsverhältnisse von Briefkastenfirmen auszumachen.

Zudem wurde beschlossen, schärfere Kontrollen bei Kryptowährungen einzuführen. Die neuen Regeln sollen es erschweren, Digitalwährungen

für Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung zu verwenden.

Mit den neuen Bestimmungen wurde auch der Schutz von Informanten, die Geldwäschefälle melden, verbessert. Damit bekommen diese unter anderem das Recht auf Anonymität. Außerdem gibt es künftig verbesserte Kontrollen von Transaktionen aus risikobehafteten Drittländern.

[Mehr Informationen](#)

Parlament besorgt wegen sinkender Impfquoten

In der Plenarsitzung letzte Woche hat das Plenum eine Entschließung angenommen, die vor den Auswirkungen der Impfskepsis auf die öffentliche Gesundheit warnt.

Das Parlament war insbesondere besorgt über die unzureichenden Durchimpfungsraten, welche erforderlich sind für einen angemessenen Schutz vor durch Impfung vermeidbaren Krankheiten. Die zunehmende und weit verbreitete Impfskepsis hat bereits Folgen, wie zum Beispiel vermeidbare Masernausbrüche in mehreren europäischen Ländern.

Die Abgeordneten forderten deshalb mehr Transparenz bei der Herstellung von Impfstoffen,

um verlorengegangenes Vertrauen in die Wirksamkeit von Impfungen wiederherzustellen.

Zudem schlugen sie die gemeinsame Beschaffung von Impfstoffen durch die Mitgliedstaaten vor, um so Kosten zu senken. Weiters soll der Impfplan unionsweit besser abgestimmt werden.

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

Parlament verschärft EU-Vorschriften zu Bioprodukten

Das Plenum hat am 19. April 2018 neue Bestimmungen der EU-Verordnung über den Biolandbau verabschiedet.

Die neuen [Regeln](#) beinhalten strengere Kontrollen in der gesamten Lieferkette und neue Vorschriften zur Vermeidung von Verunreinigung mit Pestiziden. Beispielsweise müssen mindestens alle zwei Jahre Kontrollen vor Ort und bei allen Betreiber durchgeführt werden. Zudem müssen künftig alle importierten Lebensmittel den EU-Normen in allen Punkten

entsprechen. Ähnliche Standards reichen nicht mehr aus.

Mit der Neufassung soll sichergestellt werden, dass in der EU nur hochwertige Bioprodukte verkauft werden und die ökologische Produktion angekurbelt wird.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

Horizon 2020: Österreichische Unternehmen sehr erfolgreich

Am 17. April 2018 veröffentlichte die Kommission ihren Zwischenbericht zur Umsetzung des EU-Forschungsrahmenprogramms Horizon 2020 mit dem Titel „Horizon 2020 in full swing“.

Dieser hält die zentralen Errungenschaften des Programms drei Jahre nach seinem Start fest und fasst die Ergebnisse aus mittlerweile über 300 implementierten Aufrufen zur Einreichung von Projekten zusammen.

Wie aus Daten der Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft ([FFG](#)) hervorgehen, konnten gegenüber dem Vorläuferprogramm (2007-2013) österreichische Betriebe in Horizon 2020 ihre Beteiligung um 41

% steigern. Bis Anfang März 2018 haben 462 Unternehmen mit einer Erfolgsquote von 18 % sich insgesamt 325 Mio. € sichern können. Mit 37 % der für Österreich lukrierten Mittel liegt der Anteil der Wirtschaft deutlich über dem europäischen Durchschnitt (31 %). Zudem zählt Österreich in Horizon 2020 mit knapp 17 % insgesamt zu den Top 3 Nationen, was die Erfolgsquote nach Beteiligungen betrifft.

[Mehr Informationen](#)

Kommission schlägt neue Regeln zum Schutz von Whistleblowern vor

Die am 23. April 2018 von der Kommission vorgeschlagene neue [Richtlinie](#) sieht EU-weite Mindeststandards zur Stärkung des Schutzes von Whistleblowern vor.

Hinweisgeber, die Verstöße gegen das EU-Recht melden, sollen künftig ein hohes Schutzniveau anhand EU-weiter Mindeststandards genießen. Mit der neuen Richtlinie sollen sichere Kanäle für die Meldung von Missständen sowohl innerhalb einer Organisation als auch an Behörden geschaffen werden.

Darüber hinaus werden Hinweisgeber vor Kündigungen, Zurückstufungen und anderen Repressalien geschützt. Zudem werden nationale Behörden verpflichtet, die BürgerInnen zu informieren und öffentliche Stellen im Umgang mit Hinweisgebern zu schulen.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Einzelhandelsbranche in Europa

Am 19. April 2018 veröffentlichte die Kommission eine Auswahl bewährter Verfahren, die den Mitgliedstaaten dabei helfen sollen, eine offenere und wettbewerbsfähigere Einzelhandelsbranche zu schaffen.

Mit beinahe einem Zehntel aller Beschäftigten in über 3,6 Millionen Einzelhandelsunternehmen stellt die Einzelhandelsbranche eine der größten Branchen der EU-Wirtschaft dar. Durch die Entwicklung des E-Commerce und des Multi-Channel-Systems ist die Branche gegenwärtig in einem raschen Wandel begriffen und weist Potenzial für eine Leistungssteigerung auf.

Die Kommission sieht insbesondere Potentiale bei der Erleichterung von Niederlassungen im Einzelhandel, beim Abbau von Beschränkungen für den alltäglichen Betrieb von Einzelhandelsgeschäften und bei der Förderung lebendiger Innenstädte.

[Mehr Informationen](#)

Kommission verschärft Kampf gegen Terrorismus und Kriminalität

Am 17. April 2018 präsentierte die Kommission zwei Gesetzesinitiativen zur besseren Bekämpfung von Terrorismus und Kriminalität.

Die Vorschläge sehen u.a. einen leichteren Zugang zu elektronischen Beweismitteln sowie verbesserte Sicherheitsmerkmale der Personalausweise und der Aufenthaltstitel von Familienangehörigen aus Nicht-EU-Staaten vor.

Den Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten soll es erleichtert werden, im Internet Ermittlungen durchzuführen und entsprechenden Indizien grenzüberschreitend nachzugehen. Personalausweise in den

Mitgliedstaaten sollen bei Personen ab 12 Jahren mit Fingerabdrücken und Gesichtsbildern ausgestattet werden.

Weiters sollen die Strafverfolgungsbehörden zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung rascher Zugang zu Finanzinformationen erhalten können, die für Ermittlungen bei schweren Straftaten erforderlich sind.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

EU und Mexiko erzielen Einigung über neues Handelsabkommen

Die Kommission verkündete am 21. April 2018 eine Einigung der EU mit Mexiko über ein neues Handelsabkommen.

Mit dem Abkommen wird künftig nahezu der gesamte Warenhandel zwischen der EU und Mexiko, zollfrei vonstattengehen. Die EU-Wirtschaft wird außerdem von vereinfachten Zollverfahren profitieren, unter anderem bei Arzneimitteln, Maschinen und Beförderungsmitteln.

Außerdem beinhaltet das Abkommen fortschrittliche Regeln zur nachhaltigen Entwicklung in den Bereichen Arbeit, Sicherheit,

Umweltschutz und Verbraucherschutz und eine Zusage der Umsetzung der Zusagen im Klimaschutzübereinkommens. Zudem wird erstmals die Bekämpfung von Korruption im öffentlichen und privaten Sektor als eigenes Ziel im Abkommen verankert.

Die nächsten Schritte betreffen die Aushandlung technischer Details, bevor das Abkommen dem Parlament und dem Rat vorgelegt wird.

[Mehr Informationen](#)

Kommission schlägt Unterzeichnung der Handelsabkommen mit Japan und Singapur vor

Am 18. April 2018 hat die Kommission dem Rat die Ergebnisse der Verhandlungen über die Handelsabkommen mit Japan und Singapur vorgelegt und die Unterzeichnung empfohlen.

Das Abkommen mit Japan stellt das nach Handelsvolumen größte je von der EU ausgehandelte Abkommen dieser Art dar. Mit dem Abkommen werden nicht nur die meisten Zölle abgeschafft, die den nach Japan exportierenden EU-Unternehmen jährlich Kosten in Höhe von 1 Mrd. € verursachen, sondern auch eine Reihe regulatorischer Hindernisse wie etwa Doppelbürokratie beseitigt.

Das Abkommen wird den japanischen Markt mit seinen 127 Mio. VerbraucherInnen für Agrarausfuhren aus der EU öffnen, den Schutz von über 200 regionaltypischen europäischen Nahrungsmittel- und Getränkeerzeugnissen in Japan gewährleisten und die Exportchancen der EU in einer Reihe weiterer Sektoren verbessern.

So werden etwa künftig bei der Vergabe öffentlicher Aufträge in vielen japanischen Städten auch europäische Unternehmen Angebote einreichen können.

Das Abkommen mit Singapur ist das erste seiner Art, das die EU mit einem Mitglied des Verbands südostasiatischer Nationen ([ASEAN](#)) geschlossen hat. Innerhalb des ASEAN ist Singapur der bei Weitem größte Handelspartner der EU. Das Abkommen wird den über 10.000 in Singapur niedergelassenen europäischen Unternehmen mehr Investitionssicherheit geben und legt gemeinsame Standards beim Verbraucher- und Umweltschutz fest.

[Mehr Informationen](#)



Ausschuss der Regionen

Ausschuss der Regionen wird Beobachter in wichtigem Beratergremium zu EU-Handelsabkommen

Am 24. April 2018 verkündete EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström bei einem Treffen der Wirtschaftspolitikkommission des Ausschusses der Regionen die Aufnahme dessen in die „Advisory Group on EU trade agreements“.

Dieses Gremium geht auf die Initiative „[Handel für alle](#)“ der Kommission zurück, welche zum Ziel hat, die Transparenz und Inklusion der EU-Handelspolitik zu erhöhen. In der Beratergruppe sind unter anderem Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände und Konsumentenschutzverbände vertreten.

Bei dem Treffen wurde außerdem darüber diskutiert, wie schwächere Regionen eine höhere Resilienz gegenüber den Herausforderungen durch den technologischen Wandel und die Globalisierung bewerkstelligen können.

[Mehr Informationen](#)



Sonstiges

Euregioländer schaffen eigenen Euregio-Master in öffentlicher Verwaltung

Am 20. April 2018 fand unter dem Titel „Potenziale ohne Grenzen?“ in Bozen eine gemeinsame Veranstaltung der Euregioländer Tirol, Südtirol und Trentino statt.

Die Veranstaltung stand im Zeichen der Frage, wie die schon bisher gut funktionierende Zusammenarbeit der drei Länder in der Verwaltung weiter verbessert werden kann. Dabei helfen soll eine neuer „Euregio Master of Advanced Studies“ in öffentlicher Verwaltung, der Schlüsselkompetenzen für eine erfolgreiche grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei der

gemeinsamen Entwicklung der Europaregion vermitteln soll.

Der Masterstudiengang soll im Oktober 2018 starten und richtet sich besonders an Angehörige der Landesverwaltungen aller drei Mitgliedsländer.

[Mehr Informationen](#)

Statistik der Woche: Mehrheit der EuropäerInnen finden Einkommensunterschiede zu groß

In einer [Eurobarometer Umfrage](#) wurden EuropäerInnen nach ihren Ansichten zur Gerechtigkeitssituation in der EU befragt.

Die Ergebnisse zeigen, dass die meisten der befragten EU-BürgerInnen finden, in ihrem Leben gehe es im Allgemeinen gerecht zu. Besorgt sind sie jedoch in Bezug auf die Justiz, politische Entscheidungen und die Einkommensungleichheit.

Mehr als die Hälfte der Befragten sind der Meinung, dass alle Menschen die gleichen Chancen haben, voranzukommen (58 %). Hinter dieser Zahl verbergen sich jedoch erhebliche regionale Unterschiede: Der Aussage stimmen in Dänemark 81 %, in Griechenland aber nur 18 % zu.

Besonders pessimistisch sind die Befragten bei der Frage, ob politische Entscheidungen konsequent bei allen BürgerInnen angewandt werden: Nur 32 % stimmen dieser Aussage zu, 48 % verneinen dies.

Außerdem ist eine große Mehrheit der Ansicht, dass die Einkommensunterschiede zu groß sind (84 %). Die Spanne reicht hier von 96 % in Portugal und 92 % in Deutschland bis zu 59 % in den Niederlanden. In allen Ländern außer Dänemark sind mehr als 60 % der Menschen der Meinung, dass die Regierungen Maßnahmen zur Verringerung der Unterschiede ergreifen sollten.

[Mehr Informationen](#)



Sonstiges

EU-Gerichtshof: Fluggastentschädigung auch bei „wilden Streiks“ erforderlich

In seinem Urteil vom 17. April 2018 wies der Gerichtshof der EU die Position der deutschen Fluggesellschaft TUIfly, Fluggastentschädigungen bei „wilden Streiks“ aussetzen zu dürfen, zurück.

Der Fall kam vor den Gerichtshof nachdem im Jahr 2016 das Management von TUIfly der Belegschaft überraschend Pläne zur Umstrukturierung des Unternehmens ankündigte, worauf diese einen „wilden Streik“ veranstaltete indem sich ein Großteil spontan krank meldete. Das Gericht urteilte nun, dass die spontane Abwesenheit eines erheblichen Teils der Flugbelegschaft keinen „ausgewöhnlichen Umstand“ darstellt, welcher den Anspruch auf Fluggastentschädigung nichtig gemacht hätte.

Insbesondere seien die zwei notwendigen Voraussetzungen eines solchen „ausgewöhnlichen Umstandes“ nicht gegeben gewesen: Der Umstand darf seiner Natur oder Ursache nach nicht Teil der normalen Ausübung der Tätigkeit der Fluggesellschaft sein und muss

zudem von dieser nicht tatsächlich beherrschbar sein.

Beides sei in diesem Fall nicht zutreffend, da Umstrukturierungen und betriebliche Umorganisationen zu den normalen betriebswirtschaftlichen Maßnahmen von Unternehmen gehören. Somit sei es nicht ungewöhnlich, dass sich Fluggesellschaften bei der Ausübung ihrer Tätigkeit Meinungsverschiedenheiten oder Konflikten mit ihrer Belegschaft gegenübersehen können. Zweitens könne nicht angenommen werden, dass der hier in Rede stehende „wilde Streik“ von der Fluggesellschaft nicht tatsächlich beherrschbar war.

[Mehr Informationen](#)



In eigener Sache

Besuch der Landwirtschaftsschule St. Johann in der Gemeinsamen Vertretung

Am 25. April 2018 waren SchülerInnen der Landwirtschaftsschule St. Johann i.T. zu Besuch in der Gemeinsamen Vertretung Tirol – Südtirol - Trentino.



Auf dem Programm stand ein spannender Austausch der SchülerInnen mit Dr. Richard Seeber und MEP Herbert Dorfmann über die Tiroler Herausforderungen in der Verkehrs- und

Agrarpolitik. Danach gab es eine von der Vertretung zur Verfügung gestellte Stärkung in Form von Sandwiches und Getränken.





Laufende Konsultationen

Die Europäische Kommission bietet eine Reihe an Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. [Öffentliche Konsultationen](#) ermöglichen es Ihnen, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern. Eine Auswahl der laufenden und neuen Konsultationen finden Sie in der folgenden Liste.

[Öffentliche Konsultation zur Evaluierung der Richtlinie über die strategische Umweltprüfung](#)

Umwelt

23. April 2018 - 23. Juli 2018

[Öffentliche Konsultation über mögliche Maßnahmen zur Regulierung der Umweltauswirkungen von Werkzeugmaschinen und Schweißgeräten](#)

Binnenmarkt, Energie, Unternehmen und Industrie

16. April 2018 - 10. Juli 2018

[Öffentliche Konsultation zu Drohnen \(unbemannte Luftfahrzeuge\) – technische Normen für Drohnen als Produkt sowie Bedingungen für den Drohnenbetrieb](#)

Nicht zugeordnet

13. April 2018 - 9. Juli 2018

[Öffentliche Konsultation zu Gebühren für die Nutzung von Flughafeninfrastrukturen](#)

Verkehr

3. April 2018 - 26. Juni 2018

[Eignungsprüfung des EU-Vorschriftenrahmens im Bereich der Unternehmensberichterstattung](#)

Finanzstabilität, Finanzdienste und Kapitalmarktunion

21. März 2018 - 21. Juli 2018

[Bewertung des EU-Rahmens für die Besteuerung von Energieerzeugnissen und elektrischem Strom](#)

Steuern, Umwelt

12. März 2018 - 4. Juni 2018

[Öffentliche Konsultation zu Ökodesign-Anforderungen für den Stromverbrauch im Bereitschaftszustand, im vernetzten Bereitschaftsbetrieb und im Aus-Zustand](#)

Energieeffizienz

2. März 2018 - 24. Mai 2018

[Öffentliche Konsultation zur Bewertung der Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung](#)

Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung

20. Februar 2018 - 31. Mai 2018



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen

Zu den laufenden Stellenausschreibungen in der EU gelangen Sie [hier](#).

EU-Bookshop

Interessante Veröffentlichungen aus der EU finden Sie [hier](#).

Impressum

Vertretung des Landes Tirol bei der EU
Rue de Pascale 45-47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu
Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:
Direktor Mag. Dr. Richard Seeber
Michael Jennewein, BA.

Abbildungsverzeichnis

Seite 2: <http://www.europarl.europa.eu/pcwto/en/sessions.html>

Seite 11: Gemeinsame Vertretung Tirol-Südtirol-Trentino